

deutenden Kominternverfahren eine neue Entwicklung bewirken könnten, und hatte sie in den 50er Jahren noch ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekundet, so war sie am Ende ihres Lebens doch zu der alten Ablehnung zurückgekehrt. Immerhin zeigte sie sich mit Blick auf die eigene Politik als ehemalige kommunistische Führungskraft nicht weniger kritisch und distanziert. Bereits 1949 bekundete sie gegenüber einem Freund aus früheren Kominternzeiten: »Das Vergangene ist wirklich vorüber, und was bleibt, ist ein Gefühl der gemeinsamen Vergangenheit in einem großen Erlebnis.«

*Beatrix Herlemann, Hannover*

Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946. Mit einer Einführung von Hans-Joachim Krusch und Andreas Malycha, Dietz Verlag, Berlin 1990, 276 S., brosch., 24,80 DM.

Nur kurze Zeit nach der Öffnung der innerdeutschen Grenze wurde die Vereinigung von SPD und KPD zum eminent politischen Thema, nachdem es jahrelang vorwiegend Fachwissenschaftler beschäftigt hatte. In welche Richtung Fragen gingen und gehen, zeigt schon der Titel der hier anzuzeigenden Publikation. Will man der Frage nachgehen, ob die SPD in die Einheitspartei SED »gezwungen« wurde und ob oder wie weit und wie lange sie von einem Einheitswillen getragen war, muß jede Quellenpublikation von Nutzen sein. Das gilt zunächst auch für den vorliegenden Fall, wo es um die stenographischen Niederschriften der beiden gemeinsamen Konferenzen des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD mit Vertretern der Bezirke vom Dezember 1945 und Februar 1946 geht, die als Sechziger-Konferenzen bekannt geworden sind. Zusammen mit einigen ergänzenden Materialien wurden diese Protokolle damit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erstmalig herausgegeben; in der Bundesrepublik wurde das Protokoll der ersten Sechziger Konferenz am 20. und 21. Dezember 1945 bereits Anfang der 80er Jahre publiziert. Da es dabei um Konferenzen der Führungsebene geht, müssen zwangsläufig so wichtige Fragen wie die nach der Situation im Land und außerhalb Berlins und die nach dem Eingreifen und dem Druck der Besatzungsbehörden, die sich in derartigen Quellen kaum widerspiegeln, ausgeblendet bleiben. Um so wichtiger ist demnach die Erläuterung der historischen Zusammenhänge in der wissenschaftlichen Einleitung.

Deren Autoren gehen davon aus, daß es in Deutschland nach der militärischen Niederlage – wie in anderen europäischen Ländern – einen starken Einheitsdrang an der Basis gegeben habe, darüber hinaus in den ersten Monaten nach Kriegsende in allen Besatzungszonen auch ernsthafte Bestrebungen bei Kommunisten und Sozialdemokraten, sofort eine einheitliche Partei zu bilden. Bei einem Teil der Sozialdemokraten sei dies ein Rückgriff auf das Prager Manifest des emigrierten sozialdemokratischen Parteivorstandes aus dem Jahr 1934 gewesen, andere seien enttäuscht gewesen von der Politik des Parteivorstandes in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Verbreitet sei zudem die Vorstellung oder Absicht gewesen, die Kommunisten in eine Art Volkspartei einzubinden. Tendenzen zur sofortigen Schaffung einer Einheitspartei gab es – so die Ausführungen – in dem sich formierenden Zentralausschuß (ZA) der SPD in Berlin, der zum Führungsorgan der dann wiedererstehenden Sozialdemokratie in der sowjetisch besetzten Zone wurde. Nachdem die KPD einen frühen Vorschlag aus dem ZA der SPD für eine sofortige Vereinigung zurückgewiesen hatte, war sie es, die ab September 1945 einen schnellen Zusammenschluß ins Spiel brachte. Als Grund wird genannt, daß sich zu dieser Zeit vor allem in der SPD erhebliche Widerstände gegen die Einheitsbewegung abgezeichnet hätten. »In der SPD wurden schärfer denn je die in ihr wirkenden unterschiedlichen Auffassungen sichtbar« (S. 10). Vor allem in den Ländern und Provinzen seien »jene Kräfte« aktiver geworden, die die Einheit

der beiden Arbeiterparteien aus prinzipiellen Erwägungen heraus ablehnten und »sich in Abgrenzung zur KPD zu profilieren bemühten« (S. 11). Dennoch hätte es zwischen beiden Parteien große Gemeinsamkeiten gegeben, beide hätten einen Lernprozeß durchlaufen, der zu einer Annäherung ihrer Standpunkte geführt habe. Auf beiden Seiten sei es darum gegangen, »überholte Positionen« und »verfehlte Auffassungen« zu überwinden und zu neuen »Denkweisen und Einsichten« vorzudringen. Trotz zunehmender – und nicht geleugneter – Auseinandersetzungen sei es immer wieder gelungen, sich auf Gemeinsamkeiten zu verständigen. Entscheidend für den Fortgang der Ereignisse war – wie auch in der Einführung nachgezeichnet – die sogenannte Sechziger Konferenz vom Dezember 1945. Die eigentliche Entscheidung fiel erst in den Wochen danach, wobei zwar nicht verschwiegen, aber doch heruntergespielt wird, welch zunehmendem Druck die Sozialdemokraten ausgesetzt waren. Als auffällig wird beschrieben, daß es nach der Dezember-Konferenz kaum positive und begrüßende Reaktionen aus den Parteiorganisationen der SPD gab, wie dies für die KPD vermeldet wird. Gründe werden nicht genannt, vielmehr wird darauf verwiesen, daß entsprechende Forschungen für die regionale Ebene noch ausstehen. Gleichzeitig wird das äußere Erscheinungsbild des Vorgangs beschrieben, wonach es auf der unteren Ebene zahlreiche gemeinsame Aktionen gab; deren Zustandekommen wird jedoch kaum hinterfragt. Vielmehr wird betont, daß die Bereitschaft unter den Sozialdemokraten gewachsen sei, sich der Argumentation der Kommunisten zugunsten einer Einheitspartei anzuschließen.

Die eigentlichen Probleme, die für die Entscheidung und die Motive der Sozialdemokraten zugunsten der Einheitspartei entscheidend gewesen sein dürften, liegen wohl in dem, was als Desiderate der Forschung und als »weiße Flecken« bezeichnet wird. Von gar nicht hoch genug zu bewertender Bedeutung ist dabei die Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht. Dazu heißt es, daß sie materiell und ideell jene Kommunisten und Sozialdemokraten unterstützte, die für eine Vereinigung eintraten. »Dabei war es zweifellos so, daß allein schon diese Parteinahme eine bedrückende Tatsache für die Opposition darstellte« (S. 33). Mit großer Zurückhaltung wird dann auf die Pressezensur und den Druck verwiesen, der mit vielfältigen Methoden auf Sozialdemokraten ausgeübt wurde. Allerdings müßten Vorwürfe der Verhaftung von Sozialdemokraten und anderer Repressalien gegen Einheitsgegner durch Einsicht in Archivbestände der ehemaligen SMAD näher geklärt werden. Das sei bislang nicht möglich gewesen. Noch schwieriger sei es, folgt man den Ausführungen, zu erhellern, wie sowjetische Sicherheitsorgane gehandelt, »inwieweit sie in der Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern zugleich auch politische Opponenten der Besatzungspolitik ausgeschaltet haben« (S. 35). Doch – so das zentrale Argument der Einleitung – mit der These von der „Zwangsvereinigung“ lasse sich das Wesen des Vereinigungsprozesses nicht charakterisieren. Sie treffe nicht den Inhalt der Bewegung, aus der die SED hervorgegangen sei. Denn dem Zusammenschluß der beiden Parteien seien demokratisch vorbereitete ordentliche Parteitage von KPD und SPD vorausgegangen, auf denen die Delegierten über die Vereinigung abgestimmt hätten. »Die Mehrheit der Mitglieder beider Parteien ging zusammen mit Hunderttausenden neuen Mitstreitern, die zuvor weder der KPD noch der SPD angehört hatten, aus innerer Überzeugung in die Einheitspartei« (S. 35). Hier sind zumindest starke Zweifel anzumelden. Allerdings geht es auch um die wohl auch politisch motivierte Behauptung, die Gründung der SED und ein eigener Weg zum Sozialismus hätten die Chance für einen Neubeginn geboten. Erst seit 1948, verstärkt seit Anfang der fünfziger Jahre, sei es zu einer Entwicklung gekommen, die dem demokratischen Charakter des Zusammenschlusses und dem »Geist der Vereinigung« widersprochen habe. Mit diesem Prozeß der Stalinisierung und der Abkehr vom »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus« sei schließlich die Einheit der Arbeiterbewegung verlorengegangen. Indes hebe dieser Verlauf der Geschichte nicht die Notwendigkeit des Zusammengehens aller linken Kräfte auf. Darüber wird vermutlich zu streiten sein.

*Beatrix W. Bouvier, Bonn*